

# Inhalt

Vorwort . . . . .	III
Einleitung . . . . .	1

## Kapitel 1

Probleme und Ziele der Politischen Ökonomie . . . . .	11
1.1. Der Gegenstand der Nationalökonomie . . . . .	11
1.2. Die Notwendigkeit der Einbeziehung politischer Faktoren in die Betrachtung . . . . .	12
1.2.1. Politische Aspekte des ökonomischen Kernproblems in einer Marktwirtschaft . . . . .	12
1.2.2. Politische Lösungen des ökonomischen Kernproblems in einer Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	13
1.3. Die Bedeutung der Berücksichtigung gesellschaftlicher Zusammenhänge . . . . .	14
1.4. Werturteile der Politischen Ökonomie . . . . .	16
1.4.1. Die Notwendigkeit von Werturteilen bei Wohlfahrtsvergleichen . . . . .	16
1.4.2. Weitere Gründe für die Verwendung von Werturteilen in der Nationalökonomie . . . . .	17
1.5. Die wissenschaftliche Problematik von Werturteilen . . . . .	19
1.6. Die wichtigsten normativen Postulate dieser Grundlagen . . . . .	21
1.6.1. Angabe und kurze Erörterung der einzelnen Ziele . . . . .	21
1.6.1.1. Möglichst gute und sich verbessernde Güterversorgung . . . . .	21
1.6.1.2. Freiheit . . . . .	22
1.6.1.3. Gerechtigkeit . . . . .	24
1.6.1.4. Sicherheit . . . . .	24
1.6.2. Zielkonflikte . . . . .	25
1.7. Ideologie als Gefahr für die wissenschaftliche Analyse . . . . .	26
1.8. Aufgaben . . . . .	28
1.9. Literatur . . . . .	28

## Kapitel 2

Das statische Allokationsproblem . . . . .	30
2.1. Die optimale Verwendung der Produktionsmittel bei gegebener Ziel- funktion . . . . .	31
2.1.1. Beschreibung des Modells . . . . .	31
2.1.2. Die Ableitung des optimalen Verbrauchs- und Produktionsplans . . . . .	36
2.1.3. Die Dezentralisation der Produktionsentscheidungen . . . . .	42
2.1.4. Erste Bemerkungen zur Organisation der Produktionsseite der Wirt- schaft . . . . .	50
2.2. Die Bestimmung der gesellschaftlichen Zielfunktion und die Verteilung der Güter auf die Mitglieder der Gesellschaft . . . . .	53
2.2.1. Die Dezentralisierung der Nachfrageentscheidungen auf die Haushalte . . . . .	55
2.2.1.1. Dezentralisierung und Pareto-Optimalität . . . . .	55
2.2.1.2. Deutung der dezentralisierten Nachfrageentscheidungen der Haushalte über den Markt als politisches Wahlverfahren . . . . .	59
2.2.2. Bestimmung der zu produzierenden Mengen der Konsumgüter und ihre Verteilung auf die Bevölkerung durch Einstimmigkeit oder Mehr- heitswahlrecht . . . . .	61
2.2.2.1. Gütermengenzuteilung und Pareto-Optimalität . . . . .	62
2.2.2.2. Das Ergebnis des Abstimmungsprozesses . . . . .	64
2.2.3. Schlußfolgerungen für die Organisation der Wirtschaft . . . . .	67
2.3. Aufgaben . . . . .	69
2.4. Literatur . . . . .	71

## Kapitel 3

Optimale Güterversorgung über die Zeit . . . . .	73
3.1. Beschreibung des Modells . . . . .	74
3.2. Eigenschaften des Planungsoptimums . . . . .	78
3.3. Schlußfolgerungen für die Organisation der Wirtschaft . . . . .	82
3.4. Aufgaben . . . . .	84
3.5. Literatur . . . . .	84

## Kapitel 4

Die Bedeutung der sogenannten klassischen Ausnahmen für eine möglichst gute Güterversorgung . . . . .	86
4.1. Zunehmende Skalenerträge in der Produktion . . . . .	87

4.2. Öffentliche Güter . . . . .	95
4.2.1. Die Versorgung mit öffentlichen Gütern bei dezentralen Nachfrageentscheidungen . . . . .	96
4.2.2. Die Pareto-optimale Versorgung mit einem öffentlichen und einem privaten Gut bei vollständiger Information . . . . .	98
4.2.3. Neuere Entscheidungsverfahren zur Aufdeckung der wahren Präferenzen für öffentliche Güter . . . . .	105
4.2.3.1. Ein Entscheidungsverfahren mit Versicherung . . . . .	105
4.2.3.2. Besteuerung der Abstimmenden zur Entdeckung der wahren Präferenzen . . . . .	111
4.3. Externe Vorteile und Nachteile . . . . .	115
4.3.1. Externe Effekte in der Produktion . . . . .	116
4.3.2. Durch die Produktion bei den Verbrauchern hervorgerufene externe Nachteile . . . . .	121
4.4. Interdependenzen und Abhängigkeiten der Ziele der Haushalte . . . . .	124
4.4.1. Einige grundlegende Einwendungen gegen die Nutzentheorie . . . . .	125
4.4.2. Die Beeinflussung der Haushalte durch Reklame und Propaganda . . . . .	127
4.4.3. Interdependenzen zwischen den Zielen der Haushalte . . . . .	129
4.5. Aufgaben . . . . .	131
4.6. Literatur . . . . .	132

## Kapitel 5

Probleme der Informationsvermittlung . . . . .	137
5.1. Das Informationsproblem in Wirtschaften mit zentraler Planung . . . . .	137
5.1.1. Informationserfordernisse bei der Verwirklichung des Planungsoptimums . . . . .	137
5.1.2. Ein informationssparendes adaptiv-dynamisches Planungssystem . . . . .	139
5.1.2.1. Der Modellansatz . . . . .	139
5.1.2.2. Die optimale Lösung . . . . .	141
5.1.2.3. Grundzüge der adaptiven Planung . . . . .	143
5.1.2.4. Formale Darstellung des Adaptionsmechanismus . . . . .	147
5.1.2.5. Ergebnisse und Bewertung . . . . .	152
5.2. Das Informationsproblem in Marktwirtschaften . . . . .	156
5.2.1. Informationserfordernisse unter statischen Bedingungen und bei Abwesenheit von Unsicherheit . . . . .	156
5.2.2. Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne über die Zeit . . . . .	158
5.2.2.1. Informationserfordernisse für intertemporale Pläne . . . . .	158
5.2.2.2. Terminmärkte – ihre Wirkungsweise und die Ursachen für ihre geringe Verbreitung in der Realität . . . . .	159
5.2.3. Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne bei Unsicherheit . . . . .	161
5.2.3.1. Konditionalmärkte, Kreditmärkte, Versicherungs- und Terminmärkte . . . . .	162
5.2.3.2. Gründe für das Fehlen vieler Versicherungsmärkte in der Realität . . . . .	163
5.3. Aufgaben . . . . .	165
5.4. Literatur . . . . .	166

## Kapitel 6

Besondere Probleme der Zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft . . . . .	168
6.1. Die Frage der Motivation und ihre Bedeutung für Güterproduktion und Investitionen . . . . .	169
6.1.1. Informationsverhalten und Reaktionen der Betriebe bei zentraler Mengenplanung . . . . .	169
6.1.2. Das Verhalten der regionalen Behörden und der Industrieministerien bei zentraler Mengenplanung . . . . .	173
6.1.3. Reaktionen der zentralen Planungsstelle auf das Verhalten der Betriebe, regionalen Behörden und Industrieministerien . . . . .	174
6.1.4. Das Verhalten der zentralen Planungsstelle als untergeordneter Behörde . . . . .	176
6.2. Probleme des technischen Fortschritts und der Innovationen . . . . .	177
6.2.1. Zentrale Planung und Innovation . . . . .	177
6.2.2. Eigentumsrechte, Motivation und Innovation . . . . .	181
6.3. Probleme der Vermeidung von Umweltschäden . . . . .	183
6.4. Probleme des Arbeitsangebots . . . . .	184
6.5. Mitbestimmung und Entfremdung in der Zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft . . . . .	186
6.6. Ideologie und Interessen von Managern und Funktionären als Hemmnisse für Systemänderungen in Zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaften . . . . .	187
6.6.1. Einige Bemerkungen zur historischen Entwicklung sozialistischer Planwirtschaften . . . . .	188
6.6.2. Widerstände von Funktionären, Managern und Betriebsangehörigen gegen Reformen . . . . .	190
6.7. Aufgaben . . . . .	192
6.8. Literatur . . . . .	194

## Kapitel 7

Marktsozialismus und die arbeiterselbstverwaltete Firma . . . . .	196
7.1. Ordnungsprinzipien der sozialistischen Marktwirtschaft . . . . .	197
7.2. Analyse des Marktverhaltens selbstverwalteter Firmen bei statischer Betrachtungsweise . . . . .	199
7.2.1. Das Grundmodell: Feste Arbeitszeit – variable Mitarbeiterzahl . . . . .	202
7.2.1.1. Kurzfristiges Unternehmensgleichgewicht . . . . .	202
7.2.1.2. Langfristiges Unternehmensgleichgewicht . . . . .	205
7.2.1.3. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt . . . . .	207
7.2.1.4. Kritik an den Annahmen des Grundmodells . . . . .	210
7.2.2. Variable Arbeitszeit und feste Mitarbeiterzahl . . . . .	212

7.3. Eigentumsrechte, Kreditnachfrage und Eigenfinanzierung von Investitionen . . . . .	216
7.4. Längerfristige und indirekte Auswirkungen der Gestaltung der Eigentumsrechte und Korrekturmöglichkeiten . . . . .	222
7.5. Institutionelle und organisatorische Änderungen der Gestaltung der Eigentumsrechte und Korrekturmöglichkeiten . . . . .	222
7.6. Aufgaben . . . . .	227
7.7. Literatur . . . . .	227

## Kapitel 8

Staat, öffentliche Institutionen und politische Entscheidungsprozesse . . . . .	229
8.1. Die Notwendigkeit der Existenz des Staates und politischer Entscheidungsprozesse . . . . .	231
8.2. Das Problem einer gerechten Einkommensverteilung . . . . .	239
8.2.1. Inhaltliche Präzisierung des Gerechtigkeitspostulats . . . . .	239
8.2.2. Die Rolle des Staates bei der Herbeiführung einer gerechten Einkommensverteilung . . . . .	243
8.3. Gesellschaftliche Interdependenzkosten und optimale politische Entscheidungsregeln . . . . .	246
8.4. Auswirkungen demokratischer Abstimmungen mit der Mehrheitsregel . . . . .	253
8.4.1. Möglichkeiten zur Unterdrückung der Mehrheit in Demokratien . . . . .	253
8.4.2. Mehrheitsregel und Abstimmungen über die Einkommensverteilung . . . . .	254
8.4.3. Mehrheitsregel und widersprüchliche Gruppenentscheidungen . . . . .	256
8.4.4. Stimmentausch und die Bündelung von Vorschlägen . . . . .	258
8.5. Einstimmigkeitsregel und die Begrenzung staatlichen Machtmißbrauchs . . . . .	261
8.5.1. Vorteile und Nachteile der Einstimmigkeitsregel . . . . .	262
8.5.2. Andere Methoden zur Begrenzung des staatlichen Machtmißbrauchs . . . . .	263
8.6. Aufgaben . . . . .	264
8.7. Literatur . . . . .	266

## Kapitel 9

Die Versorgung mit einem öffentlichen Gut in einem Zweiparteiensystem . . . . .	268
9.1. Das Modell eines Zweiparteiensystems bei vollständiger Information ohne Wählerloyalität und ohne Restriktionen durch Parteimitglieder und Geldgeber . . . . .	269
9.2. Das politische Gleichgewicht im Zweiparteiensystem . . . . .	272

9.3. Güterversorgung, einheitlicher Steuersatz und Einkommensumverteilung . . . . .	278
9.4. Eigensüchtige Zielsetzungen der Parteien . . . . .	281
9.5. Der Einfluß des Vorhandenseins loyaler Wähler . . . . .	284
9.6. Die Auswirkung von durch Mitglieder und Geldgeber bedingten Restriktionen für die Parteien . . . . .	287
9.7. Mangelhafte Information über die Wünsche der Wähler und dynamische Stabilität . . . . .	290
9.8. Unvollständige Information, zeitlicher Horizont der Parteien und Bildung der Wählerloyalitäten . . . . .	295
9.8.1. Die Bedeutung mangelhafter Informationen für politische Entscheidungsprozesse . . . . .	295
9.8.2. Die Entstehung von Wählerloyalitäten und ihre Bedeutung für die langfristige Strategie der Parteien . . . . .	297
9.8.3. Langfristig wirksame staatliche Maßnahmen und ihre Wirkung auf das Verhalten der Parteien . . . . .	
9.9. Aufgaben . . . . .	301
9.10. Literatur . . . . .	304

## Kapitel 10

Die Versorgung mit einem öffentlichen Gut in einer Demokratie mit mehr als zwei Parteien . . . . .	306
10.1. Das Dreiparteienmodell bei vollständiger Information, ohne Wählerloyalitäten und ohne Restriktionen durch Parteimitglieder und Geldgeber . . . . .	307
10.2. Das Dreiparteienmodell mit Restriktionen für die Parteien . . . . .	313
10.3. Das Dreiparteienmodell mit Stimmenthaltung abseitsstehender Wähler . . . . .	318
10.4. Aufgaben . . . . .	322
10.5. Literatur . . . . .	323

## Kapitel 11

Einparteiensystem, innerparteiliche Demokratie und Versorgung mit öffentlichen Gütern . . . . .	325
11.1. Modell eines Einparteiensystems . . . . .	325
11.2. Ableitung der Ergebnisse . . . . .	330
11.3. Interpretation und Bedeutung der Ergebnisse für den Einparteienstaat . . . . .	332

11.4. Aufgaben . . . . .	335
11.5. Literatur . . . . .	336

Kapitel 12

Der Einfluß der Bürokratie und der Interessenverbände auf den politischen Entscheidungsprozeß . . . . .	337
12.1. Modell einer bürokratischen Organisation in einem Zweiparteiensystem . . . . .	337
12.1.1. Allgemeine Annahmen . . . . .	337
12.1.2. Der formale Modellansatz . . . . .	339
12.1.3. Zeichnerische Darstellung des Modells . . . . .	341
12.1.4. Ableitung der Ergebnisse für eine die Arbeitsmenge maximierende Behörde . . . . .	344
12.1.5. Vergleich mit einem Verhalten als Angebotsmonopolist oder als Mengenanpasser . . . . .	346
12.1.6. Abschließende Überlegungen zur Bedeutung der Bürokratie für den Umfang der Staatstätigkeit . . . . .	347
12.2. Der Einfluß von Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß . . . . .	349
12.2.1. Der Einfluß der Verbände in der Demokratie . . . . .	352
12.2.1.1. Primäre Ursachen des Einflusses der Verbände auf den politischen Entscheidungsprozeß . . . . .	353
12.2.1.2. Die Konkurrenz der Verbände und ihre Folgen . . . . .	357
12.2.1.3. Auswirkungen des auf Ausnutzung ihrer Marktmacht beruhenden Einflusses der Verbände . . . . .	357
12.2.1.4. Die Auswirkungen des auf Informationsvorteilen beruhenden Einflusses der Verbände . . . . .	361
12.2.1.5. Die Bedeutung des Wettbewerbs der Verbände für die Art der zu beeinflussenden politischen Entscheidungen . . . . .	362
12.2.1.6. Auswirkungen von Zentralisation und Dezentralisation auf den Einfluß der Verbände . . . . .	364
12.2.2. Der Einfluß von Interessengruppen in Einparteiensystemen, Oligarchien und Diktaturen . . . . .	368
12.3. Aufgaben . . . . .	371
12.4. Literatur . . . . .	371

Kapitel 13

Wirtschaftssystem und politisches System . . . . .	373
13.1. Politisch-ökonomische Zusammenhänge von Marktwirtschaft und Demokratie . . . . .	373

13.1.1.	Importhindernisse, Mindestpreise und Subventionen als Folge demokratischer Korrekturen der Marktergebnisse . . . . .	376
13.1.2.	Das Angebot öffentlicher und privater Güter durch den Staat . . .	383
13.1.2.1.	Einkommensumverteilung als Ursache des Güterangebots durch die öffentliche Hand . . . . .	385
13.1.2.2.	Die Bedeutung der mangelhaften Information der Wählermehrheit für das staatliche Güterangebot . . . . .	386
13.1.2.3.	Stimmertausch und indirekte Demokratie als Ursache eines zusätzlichen Güterangebotes durch die öffentliche Hand . . . . .	386
13.1.2.4.	Arbeitsplatzrisiko und mangelhafte Information als Gründe für das Angebot bestimmter Güter durch den Staat . . . . .	388
13.1.3.	Ursachen und Konsequenzen des Systems der sozialen Sicherung . . . . .	389
13.1.3.1.	Gründe für die Einführung der Sozialversicherung . . . . .	390
13.1.3.2.	Ursachen für das weitere Wachstum der Sozialversicherung . . . . .	392
13.1.3.3.	Grenzen des Wachstums der Renten- und Krankenversicherung . . . . .	394
13.1.4.	Ursachen für die Ausgestaltung des Steuersystems und die Kreditaufnahme durch den Staat . . . . .	394
13.1.4.1.	Vorteile und Grenzen der öffentlichen Kreditaufnahme . . . . .	395
13.1.4.2.	Die Ausgestaltung des Steuersystems nach wahlpolitischen Gesichtspunkten . . . . .	396
13.1.4.3.	Grenzen der Steuerbelastung . . . . .	397
13.1.5.	Grenzen der Möglichkeiten staatlicher Globalsteuerung . . . . .	398
13.1.5.1.	Idee und Ziele der Globalsteuerung . . . . .	398
13.1.5.2.	Die Kontroverse über die Ursachen der Konjunkturschwankungen und die Wirkung der konjunkturpolitischen Instrumente . . . . .	399
13.1.5.3.	Die Globalsteuerung im Spannungsfeld der Demokratie . . . . .	400
13.1.5.4.	Die Tarifpolitik der Gewerkschaften und Arbeitgeber und die staatliche Globalsteuerung . . . . .	402
13.1.6.	Die Lösung von Umweltproblemen in der marktwirtschaftlichen Demokratie . . . . .	404
13.1.7.	Die Wettbewerbspolitik in der marktwirtschaftlichen Demokratie . . . . .	405
13.1.7.1.	Ursachen von Kartellierung und Konzentration und ihre Bedeutung für den Wettbewerb . . . . .	406
13.1.7.2.	Politische Bestimmungsgründe der Wettbewerbspolitik . . . . .	407
13.1.8.	Ende des freiheitlichen Rechtsstaates? . . . . .	410
13.2.	Politisches System und Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft . . . . .	414
13.2.1.	Das demokratische Zweiparteiensystem und die Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft . . . . .	415
13.2.1.1.	Der Einfluß von Wählern, Parlamenten und Regierung auf die staatlichen Entscheidungen . . . . .	415
13.2.1.2.	Konsumentensouveränität und Fehlleitung von Ressourcen . . . . .	417
13.2.1.3.	Staatseingriffe zur Verzögerung von Umstrukturierungen der Wirtschaft . . . . .	418
13.2.1.4.	Übergang zu Konkurrenzsozialismus oder sozialistischer Marktwirtschaft als Ausweg? . . . . .	420
13.2.2.	Einparteiensystem, Oligarchie und Diktatur . . . . .	422
13.2.2.1.	Der Einfluß der Bevölkerung und von elitären Gruppen auf die Richtung der Güterproduktion und die Güterverteilung . . . . .	423

13.2.2.2. Konsumentensouveränität und Richtung der Güterproduktion . . .	425
13.2.2.3. Sind Demokratie und Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft miteinander vereinbar? . . . . .	426
13.3. Aufgaben . . . . .	427
13.4. Literatur . . . . .	428

## Kapitel 14

Abschließende Bewertung der Systeme und Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung . . . . .	431
14.1. Beurteilung der Wirtschaftssysteme nach der Verwirklichung vorgegebener Ziele . . . . .	432
14.1.1. Gewichtung der angestrebten Ziele . . . . .	432
14.1.2. Relativer Vergleich der Wirtschaftssysteme anhand der angestrebten Ziele . . . . .	432
14.1.2.1. Mengengesteuerte Zentralverwaltungswirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft . . . . .	432
14.1.2.2. Sozialistische und kapitalistische Marktwirtschaft . . . . .	434
14.2. Beurteilung der Wirtschaftssysteme nach der Möglichkeit, bestimmte drängende Gegenwartsprobleme zu lösen . . . . .	435
14.2.1. Kriege, Rüstungswettlauf und Mißachtung der Menschenrecht . . . . .	435
14.2.2. Das Problem des übermäßigen Bevölkerungswachstum . . . . .	438
14.2.2.1. Nachteile des starken Bevölkerungswachstums . . . . .	438
14.2.2.2. Schwierigkeiten bei der Verminderung des Bevölkerungswachstums . . . . .	438
14.2.3. Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Rohstoff- und Energieversorgung . . . . .	440
14.2.4. Lösungsmöglichkeiten für das Problem der Zivilisationskrankheiten . . . . .	441
14.3. Notwendigkeit und Möglichkeit von Innovationen für die Organisation von Staat und Wirtschaft . . . . .	443
14.3.1. Rolle und Notwendigkeit von gesellschaftlichen Innovationen . . . . .	443
14.3.2. Einige mögliche gesellschaftliche Innovationen . . . . .	444
14.3.2.1. Begrenzung der staatlichen Kompetenzkompetenz durch die Verfassung . . . . .	444
14.3.2.2. Änderung der Entscheidungsrechte innerhalb des Staates . . . . .	447
14.3.2.3. Kontrolle privater wirtschaftlicher Macht . . . . .	450
14.4. Ausblick . . . . .	452
14.5. Aufgaben . . . . .	455
14.6. Literatur . . . . .	456
Sachregister . . . . .	459